

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Herr Knoth
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-10312
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: dknoth@giessen.de

Datum: 16.03.2007

N i e d e r s c h r i f t

der 9. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 12.03.2007,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 22:30 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Diedrich Backhaus
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer
Frau Dorothe Küster
Herr Klaus Peter Möller

(in Vertretung für Stv. Asboe)

(in Vertretung für Stv. Braun)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser **Ausschussvorsitzende**
Herr Rolf Krieger
Herr Johannes Loheide
Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Christian Otto

(ab 19:10 Uhr)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Außerdem:

Herr Dieter Gail CDU-Fraktion
Herr Gerhard Merz SPD-Fraktion
Frau Dr. Bettina Speiser Fraktion B'90/Die Grünen

(von 19:20 Uhr bis 21:10 Uhr)

Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion	(bis 21:30 Uhr)
Herr Prof. Dr. Aris Christidis	Die Linke.Fraktion	(bis 22:05 Uhr)
Herr Johannes Zippel	FW-Fraktion	
Frau Elke Koch-Michel	BLG	

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Frau Doris Burkhardt	Datenschutzbeauftragte	
Frau Franziska Ott	Dezernat I	
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	(bis 21:10 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer
-------------------	-------------

Entschuldigt:

Herr Jörg Asboe	CDU-Fraktion
Herr Helge Reinhold Braun	CDU-Fraktion

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Wiederwahl eines hauptamtlichen Stadtrates
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 26.02.2007 - STV/0848/2007
3. Sondernutzungsgebührensatzung
- Antrag des Magistrats vom 04.01.2007 - STV/0707/2007
4. Beteiligungsbericht 2005
- Antrag des Magistrats vom 07.02.2007 - STV/0722/2007
Zur Kenntnisnahme

- | | | |
|------|---|---------------|
| 5. | Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Ältestenrates vom 12.09.2006 - | STV/0450/2006 |
| 5.1. | Gleichbehandlung von "Ein-Personen-Fraktionen"
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.08.2006 - | STV/0194/2006 |
| 5.2. | Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte;
hier: Änderung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 28.08.2006 - | STV/0347/2006 |
| 5.3. | Teilnahme der Ortsbeiräte
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 - | STV/0500/2006 |
| 5.4. | Rede- und Vorschlagsrecht des Ausländerbeirates
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 - | STV/0501/2006 |
| 5.5. | Änderungsanträge zur Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2006 - | STV/0507/2006 |
| 6. | Antrag zur Ehrung von Ria Deeg, Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen, anlässlich ihres 100. Geburtstages
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 - | STV/0794/2007 |
| 7. | Einrichtung einer Hochschulkommission
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 09.02.2007 - | STV/0804/2007 |
| 8. | Abschlussprogramm Kommunale Altlasten
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 - | STV/0831/2007 |
| 9. | Abschlussprogramm Kommunale Altlastenbeseitigung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 - | STV/0839/2007 |
| 10. | Fortschreibung des Energieberichts
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.02.2007 - | STV/0836/2007 |
| 11. | Energiebericht
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 - | STV/0837/2007 |

- | | | |
|-----|---|------------------------------------|
| 12. | Schutz vor Passivrauchen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 - | STV/0838/2007 |
| 13. | Berichtsantrag zur GISPO GmbH
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 27.02.2007 - | STV/0847/2007 |
| 14. | Datenschutzbericht 2006
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2007 | STV/0742/2007
Zur Kenntnisnahme |
| 15. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Wiederwahl eines hauptamtlichen Stadtrates** **STV/0848/2007** **- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.02.2007 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt den hauptamtlichen Beigeordneten Stadtrat Dr. Volker Kölb für eine weitere Wahlperiode zum Stadtrat der Universitätsstadt Gießen. Sie vollzieht die Wiederwahl in ihrer Sitzung am 10. Mai 2007.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, trägt die Begründung des Antrages vor.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stv. Loheide, Janitzki und Merz sowie Oberbürgermeister Haumann.

Abschließend betont **Stv. Loheide**, SPD-Fraktion, für seine Fraktion gelte weiterhin der Grundsatz „Drei reichen“. Daher werde sie gegen die Wiederwahl stimmen.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke).

**3. Sondernutzungsgebührensatzung
- Antrag des Magistrats vom 04.01.2007 -**

STV/0707/2007

Antrag:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für erlaubnispflichtige Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Universitätsstadt Gießen (Sondernutzungsgebührensatzung) wird in der aus der Anlage hervorgehenden Fassung beschlossen.

Zu folgende Fragen des **Stv. Loheide**, SPD-Fraktion, sagt **Stadtrat Rausch** eine schriftliche Beantwortung bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2007 zu:

- *Im Gebührenverzeichnis zu § 1 der Sondernutzungsgebührensatzung sind unter Ziffer 10.1 für gewerbliche Stände 30 € pro Tag statt bisher 26 € pro Stand geplant. Ist der Wechsel von „pro Stand“ auf „pro Tag“ so gewollt oder hat sich ein redaktioneller Fehler eingeschlichen?*
- *Wie hoch sind bisher die Gesamteinnahmen aus Nutzung der Werbeanlagen nach Ziffer 15 des Gebührenverzeichnisses?*

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, bemängelt die deutliche Erhöhung für die Aufstellung von Wertstoffcontainern (Ziffer 11 Gebührenverzeichnis).

Weiterhin stellt er den Änderungsantrag, *die Gebühren für die Informationsstände politischer Parteien (Ziffer 1.1 Gebührenverzeichnis) von 8 € auf 5 € zu senken, anstatt sie auf 10 € zu erhöhen sowie die Gebühren für Wahlstände (Ziffer 1.2 Gebührenverzeichnis) von 50 € auf 30 € zu senken anstatt auf 60 € zu erhöhen.*

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, erwidert, dann sollten auch die Gebühren für übrige Informationsstände (Ziffer 1 Gebührenverzeichnis) auf 5 € gesenkt werden, damit nicht eine Bevorzugung politischer Parteien unterstellt werden könne.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, greift diese Äußerung als Anregung auf und ergänzt seinen Änderungsantrag um diesen Punkt.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag des Stv. Janitzki wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).

Der Vorlage STV/0707/2007 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

4. **Beteiligungsbericht 2005**
- Antrag des Magistrats vom 07.02.2007 -

STV/0722/2007

Antrag:

Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2005 der Universitätsstadt Gießen wird zur Kenntnis genommen. Gelegenheit zur Erörterung wurde gegeben.

Stv. Janitzki, Die Linke-Fraktion, bemängelt, die Namen der Aufsichträte seien im Beteiligungsbericht nur teilweise wiedergegeben; positiv sei, dass ihm für den kommenden Beteiligungsbericht Vollständigkeit in diesem Punkt zugesagt worden sei. Weiterhin kritisiert Stv. Janitzki, dass die Bezüge der Vorstände und Geschäftsführer – bis auf eine Ausnahme – nach wie vor nicht angegeben seien. – Im Übrigen ziehe die Schutzvorschrift des § 284 HGB nur für die Veröffentlichung, nicht aber hinsichtlich der Mitteilung an den Magistrat.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, fragt, woran der Magistrat den Erfolg der Beteiligungen bemesse.

Oberbürgermeister Haumann antwortet, die Frage sei sehr pauschal. Der Erfolg der Beteiligungen könne nicht nur an der Rendite bemessen werden, sondern auch an anderen Kriterien wie beispielsweise sozialpolitische.

Stv. Schirmer, SPD-Fraktion, sagt, öffentliche Beteiligungen müssten sich an politischen Zielen orientieren. Diese sollten im Beteiligungsbericht berücksichtigt werden.

Oberbürgermeister Haumann weist daraufhin, dass bei den meisten Beteiligungen der öffentliche Zweck angegeben sei. Eine darüber hinausgehende Festlegung von Kennzahlen und die entsprechender Beurteilung des Erfüllungsgrades würde seitens des Magistrates ohne entsprechenden Auftrag der Stadtverordnetenversammlung aber nicht erfolgen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, äußert, Erfolgskriterien könnten bei jeder Beteiligung festgelegt werden, auch wenn sie für die verschiedenen Einrichtungen unterschiedlich seien. Die Feststellung über die Erreichung des Erfolges könne Teil des Beteiligungsberichtes sein.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, sagt, der Beteiligungsbericht habe nur die Aufgabe, die Beteiligungen der Stadt darzustellen. Die Schlussfolgerungen aus dem Bericht und die politische Bewertung sei Sache der Stadtverordneten.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, betont, es bleibe bei der Anregung seiner Fraktion, den Beteiligungsbericht weiter zu entwickeln in die Richtung, dass eine

Beurteilung des Erfolges der jeweiligen Beteiligung möglich sei. Dies entspreche auch einem bundesweiten Trend.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

5. **Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen** **STV/0450/2006**
- Antrag des Ältestenrates vom 12.09.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung.

Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 5 bis 5.5 gemeinsam auf. Sie schlägt vor, die Änderungsanträge anhand der Synopse zum Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung, Stand 01.03.2007 (*im Folgenden „GO-Entwurf“ genannt*), zu behandeln.

Stv. Koch-Michel, BLG, bemerkt, ihr Antrag vom 28.08.2006 (STV/0347/2006, TOP 5.2) sei in der Synopse nicht enthalten.

Stv. Zippel, FW-Fraktion, erwidert, die GO der Ortsbeiräte werde erst auf der Basis der beschlossenen GO der Stadtverordnetenversammlung erarbeitet werden. In diese zukünftige Erarbeitung fließe der genannte BLG-Antrag ein.

Oberbürgermeister Haumann bestätigt, die GO der Ortsbeiräte werde erarbeitet, wenn die GO der Stadtverordnetenversammlung beschlossen sei. Die GO der Ortsbeiräte werde dann als Magistratsvorlage der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Stv. Koch-Michel, BLG, stellt daraufhin ihren Antrag vom 28.08.2006 zurück.

Es wird Einvernehmen, darüber erzielt, anhand der Synopse und der darin enthaltenen Vermerke „D“ und „A“ vorzugehen und die Anträge zu den TOP 5.1, 5.3, 5.4 und 5.5 an entsprechender Stelle inhaltlich zu behandeln. Es kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 4 Ziffer 4 GO-Entwurf (vorgebracht in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).
- Der Antrag der SPD-Fraktion zu § 4 Ziffer 4 GO-Entwurf (STV/0507/2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: Linke).

- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 5 Ziffer 2 GO-Entwurf (vorgebracht in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: Linke; StE: SPD).
- Der Antrag der SPD-Fraktion zu § 5 Ziffer 2 GO-Entwurf (STV/0507/2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: Linke).
- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 8 Ziffer 2 GO-Entwurf (vorgebracht in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: Linke; StE: SPD).
- Der Antrag der SPD-Fraktion zu § 8 Ziffer 2 GO-Entwurf (STV/0507/2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: Linke).
- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 9 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt.
- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 11 Ziffer 1 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).
- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 11 Ziffer 2 GO-Entwurf (vorgebracht in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006) wird zurückgezogen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion zu § 11 Ziffer 2 GO-Entwurf (STV/0507/2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).
- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 11 Ziffer 3 GO-Entwurf (vorgebracht in der Sitzung des Ältestenrates am 22.08.2006) wird zurückgezogen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion zu § 11 Ziffer 3 GO-Entwurf (STV/0507/2006) wird zurückgezogen.
- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 12 Ziffer 5 GO-Entwurf (vorgebracht in der Sitzung des Ältestenrates am 08.07.2006) wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).
- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 12 Ziffer 5 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).
- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 14 GO-Entwurf (STV/0501/2006) wird

zurückgezogen, der Antrag der SPD-Fraktion zu § 14 GO-Entwurf (STV/0507/2006) wird zum gemeinsamen Antrag der SPD und der Linke.Fraktion; er wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 23 Ziffer 3 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt.
- Der Antrag der SPD-Fraktion zu § 26 Ziffer 2 GO-Entwurf (STV/0507/2006) wird zurückgezogen.
- Der Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 26 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einzeln abgestimmt:
Ziffer 6: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke)
Ziffer 7: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke)
Ziffer 8: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).
- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 28 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt.
- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 35 Ziffer 2 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt.
- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 37 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 20.45 bis 20.50 Uhr. Danach wird die Sitzung fortgesetzt.

- Der Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 44 Ziffer 1 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird zurückgestellt.
- Dem Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Die Grünen und FDP zu § 44 Ziffer 4 GO-Entwurf (Änderungsantrag zu STV/0450/2006) wird einstimmig zugestimmt.
- Der Antrag der Linke.Fraktion zu § 44 Ziffer 5 GO-Entwurf (vorgebracht in der Sitzung des Ältestenrates am 22.08.2006) wird zurückgestellt.
- Der Antrag der SPD-Fraktion zu § 44 Ziffer 5 GO-Entwurf (STV/0507/2007) wird zurückgestellt.

- Oberbürgermeister Haumann beantragt, in § 39 GO-Entwurf den Satz 2 der Ziffer 1 sowie Ziffer 3 komplett zu streichen. – Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

Dem so geänderten Antrag STV/0450/2006, einschließlich der Änderung durch die Synopse zum GO-Entwurf, Stand 01.03.2005, wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: Linke; StE: SPD).

**5.1. Gleichbehandlung von "Ein-Personen-Fraktionen" STV/0194/2006
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.08.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gruppen, die in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden, aber dort nur mit einem Sitz vertreten sind,

1. sind in die Arbeit des Ältestenrates einzubinden und gleichberechtigt bei seinen Beratungen zu beteiligen. In diesem Sinne ist der § 8 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu ändern.
2. erhalten eine angemessene finanzielle Unterstützung für ihre Aufwendungen zur Geschäftsführung.

Siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 5.

**5.2. Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte; STV/0347/2006
hier: Änderung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 28.08.2006 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, im Zuge der Fortschreibung/Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung folgende Punkte bei der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte neu aufzunehmen:

1. Der Magistrat verpflichtet sich, den Ortsbeirat rechtzeitig und umfassend über beabsichtigte städtische Maßnahmen vor Ort zu informieren.
2. Der Magistrat verpflichtet sich, Anträge und Anfragen der Ortsbeiräte zeitnah, spätestens innerhalb einer Frist von 6 Wochen, schriftlich zu beantworten.
3. Der Magistrat sichert dem Ortsbeirat, in Person des Ortsvorstehers, eine förmliche Anhörung in Form eines Rederechtes in den Ausschüssen/Stadtverordnetenversammlung zu.
4. Der Magistrat verpflichtet sich, zu den Sitzungen der Ortsbeiräte den zuständigen Dezernenten oder dessen Vertretung zu entsenden. Auf Anforderung des

Ortsbeirates sollten Vertreter der Fachämter an der Sitzung teilnehmen. Der zuständige Dezernent sollte vorbereitet sein und Auskunft geben können!

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

5.3. Teilnahme der Ortsbeiräte STV/0500/2006
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für ihre neue Geschäftsordnung einen neuen Paragraphen, der die Teilnahme der Ortsbeiräte regelt, in der folgenden Fassung:

Teilnahme der Ortsvorsteher

1. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden alle Ortsvorsteher/Ortsvorsteherinnen eingeladen.
Ihnen (oder dem/der vom Ortsbeirat bestimmten Vertreter/Vertreterin) soll zu allen wichtigen Angelegenheiten, welche die Interessen seines/ihres Ortsbezirks betreffen, ein Rederecht eingeräumt werden.
Die Redezeit der Ortsvorsteher zu einem Tagesordnungspunkt beträgt max. 10 Minuten.
2. Die Ortsbeiräte haben gem. § 82 Abs. 3 zu allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind rechtzeitig vor dem Abgabetermin schriftlich beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen.
Sie müssen, um als Antrag behandelt zu werden, von einer Fraktion übernommen werden.

Siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 5.

5.4. Rede- und Vorschlagsrecht des Ausländerbeirates STV/0501/2006
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für ihre neue Geschäftsordnung die folgende Fassung des § 13:

neuer § 13 GO: Teilnahme des Ausländerbeirates

1. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden zwei Vertreter oder Vertreterinnen des Ausländerbeirates Gießen eingeladen.
Sie haben zu Tagesordnungspunkten, die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren, Rederecht.

Die Vertretung des Ausländerbeirates hat eine Redezeit von max. zehn Minuten.

2. Der Ausländerbeirat hat gem. § 88 Abs. 2 HGO in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind rechtzeitig vor dem Abgabetermin schriftlich beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen und werden wie Anträge der Stadtverordneten behandelt.

Siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 5.

**5.5. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.10.2006 -**

STV/0507/2006

Antrag:

§ 4 Ziffer 4 GO:

Antrag: Bei der Berechnung der Höhe der Fraktionszuwendungen gemäß § 36 a Abs. 4 HGO werden Hospitantinnen /Hospitanten wie Fraktionsmitglieder berücksichtigt. Wählergruppierungen, die nur mit einer Person im Parlament vertreten sind, erhalten 25 % des Fraktions-Sockelbetrages.

§ 5 Ziffer 2 GO:

Antrag: Streichung des letzten Satzes. Statt dessen: Anschließend entscheidet die Stadtverordnetenversammlung ohne Aussprache.

§ 8 Ziffer 2:

Antrag: Letzter Satz der Ziffer 2: Stadtverordnete ohne Fraktionsstatus können vom Ältestenrat für die Dauer einer Legislaturperiode kooptiert werden.

§ 11 Ziffer 2 GO, § 11 Ziffer 3 GO:

Antrag zu Ziffer 2: Die Tagesordnung besteht aus folgenden Teilen: A. Anträge, die ohne Aussprache abgestimmt werden. B. Anträge, die nach Aussprache abgestimmt werden.

Antrag Ziffer 3 neu: Anträge, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung nicht mehr aufgerufen werden konnten, sind vorrangig zu platzieren.

§ 13 GO:

Antrag:

Ziffer 1: Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden zwei Vertreterinnen/ Vertreter des Ausländerbeirates eingeladen. Sie haben zu Tagesordnungspunkten, die die Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren, Rederecht.

Ziffer 2: Die Redezeit entspricht der der Fraktionen.

Ziffer 3: Der Ausländerbeirat hat gem. § 88 Abs. 2 HGO in allen Angelegenheiten,

die ausländische Einwohnerinnen und Einwohner betreffen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind gemäß der für alle geltenden Fristen beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen und werden in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung wie Anträge behandelt.

Ziffer 4: Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden alle Ortsvorsteherinnen /Ortsvorsteher eingeladen. Ihnen (oder dem/der vom/von der Ortsvorsteher/der Ortsvorsteherin bestimmten Vertreter/ Vertreterin) soll zu allen Angelegenheiten, welche die Interessen eines Ortsteiles betreffen, Rederecht eingeräumt werden.

Die Redezeit entspricht der der Fraktionen.

Ortsbeiräte haben gem. § 82 Abs. 3 HGO zu allen Angelegenheiten, die den Ortsteil betreffen, ein Vorschlagsrecht. Sie müssen, um als Antrag behandelt zu werden, von einer Fraktion übernommen werden.

§ 26, Ziffer 2:

Antrag: Abgabetermin für die Anträge ist Dienstag, 12 Uhr vor der jeweils ersten Ausschusswoche.

§ 44 Ziffer 5 GO:

Antrag: Die Gesamtredezeit einer Fraktion zu einem Verhandlungsgegenstand beträgt zehn Minuten.

Siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 5.

6. Antrag zur Ehrung von Ria Deeg, Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen, anlässlich ihres 100. Geburtstages **STV/0794/2007**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 02.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Widerstandskämpferin Ria Deeg anlässlich ihres 100. Geburtstages am 02.10.2007 in würdiger Form im entsprechenden Zeitraum zu ehren. An die Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen soll mit einer Feierstunde und der Benennung einer Straße/eines Platzes mit der Bezeichnung „Ria Deeg“ erinnert werden. Auf einem in der Stadt gebräuchlichen Zusatzschild ist das Lebensdatum (02.10.1907 bis 13.08.2000) und der Hinweis „Widerstandskämpferin gegen die Nazi-Diktatur“ zu nennen.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, führt aus, der Antrag auf Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Ria Deeg gehöre in die Straßenbenennungskommission.

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, informiert, er habe den Antrag auch an den Leiter

des Vermessungsamtes mit der Bitte Weiterleitung an die Straßenbenennungs-Kommission gegeben und teilt Kopien des diesbezüglichen Anschreibens aus. Stv. Beltz ergänzt, er schlage vor, den in Gießen-Wieseck befindlichen Platz, der durch Rabenauer Straße, Alten Busecker Straße und Gießener Straße begrenzt sei, nach Ria Deeg zu benennen. Da dort keine Hauseingänge seien, müsste auch niemand seine Anschrift umbenennen. – Stv. Beltz weist weiterhin auf den Teil seines Antrages auf Ehrung von Ria Deeg in einer Feierstunde hin.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, fragt, warum Ria Deeg, die bereits Trägerin der Goldenen Ehrennadel sei, erneut geehrt werden solle.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, antwortet, der 100. Geburtstag könne ein besonderer Anlass sein, einen „nicht eben häufigen Lebensweg“ in einer Veranstaltung zu würdigen.

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, schildert, Ria Deeg sei im Raum Gießen eine herausragende Persönlichkeit im Kampf gegen den Faschismus gewesen, die auch durch viele Reden in Schulen bekannt geworden sei.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung stellt **Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, folgenden Änderungsantrag:

1. *Der Magistrat wird gebeten, in diesem Jahr aus Anlass des 100jährigen Geburtstages von Ria Deeg die Gießener Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu würdigen.*
2. *Im Übrigen wird der Antrag an die Straßenbenennungskommission verwiesen.*

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, schließt sich dem Änderungsantrag an.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. Einrichtung einer Hochschulkommission **STV/0804/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 09.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, gem. § 72 HGO eine Hochschulkommission einzurichten.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, trägt die Begründung des Antrages kurz vor. Auch das Thema Gen-Technik zeige, dass eine stärkere Institutionalisierung der Abstimmung zwischen den Hochschulen und der Stadt Gießen erforderlich und sinnvoll sei. Die Einrichtung der Kommission ziele auf eine Verbesserung und Kontinuität der Zusammenarbeit.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**8. Abschlussprogramm Kommunale Altlasten STV/0831/2007
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 26.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- Ob sich in der Stadt Gießen noch Altflächen befinden. Bitte um Benennung dieser.
- Wurde für diese Fläche eine Aufnahme in das Landesprogramm (Frist 31.07.2007) beim zuständigen Regierungspräsidium beantragt?

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**9. Abschlussprogramm Kommunale Altlastenbeseitigung STV/0839/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten darüber zu berichten, ob er eine Voranmeldung zum Abschlussprogramm kommunaler Altlastenbeseitigung des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Untersuchung und ggf. Sanierung von Altlasten eingereicht und welche Altlasten er dabei berücksichtigt hat.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**10. Fortschreibung des Energieberichts STV/0836/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.02.2007 -**

Antrag:

1. Der Magistrat wird gebeten, den Energiebericht in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken fortzuschreiben.
2. Bei der Renovierung städtischer Gebäude, insbesondere bei Schulen, sollen Energieeinsparungen potentiell genutzt werden.
3. Im Rahmen der Haushaltsumstellung auf die Doppik sollen die Energiekosten der einzelnen Gebäude gesondert aufgeführt werden.
4. Die Stadt Gießen tritt dem Klimabündnis bei.

Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 10 und 11 gemeinsam auf.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, wirbt dafür, beide Anträge „zu verheiraten“. Der Antrag der SPD-Fraktion (TOP 11, STV/0837/2007) ergänze den Antrag der Koalition darum, die Liegenschaften der Stadt mit einem Energiebericht zu versehen und die Möglichkeiten zu untersuchen, Einsparungen vorzunehmen, die ökologisch und auch finanziell erfolgreich sein könnten. Weiterhin sei es sinnvoll, die Klimaschutz- und Energieagentur Mittelhessen mit der Analyse zu beauftragen. Stv. Loheide schlägt vor, die ersten beiden Absätze des SPD-Antrages als Punkte 5 und 6 dem Koalitionsantrag einzufügen.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Stv. Möller, Dr. Deetjen, Loheide, Merz, Schirmer und Janitzki beteiligen, schlägt **Stv. Dr. Speiser**, Fraktion B'90/Die Grünen, vor, Ziffer 1 des Koalitionsantrages um folgenden Satz zu erweitern und dadurch die Ergänzungen des SPD-Antrages zu berücksichtigen:

„Dabei soll der Energieverbrauch der einzelnen Gebäude erfasst und die möglichen Energieeinsparpotentiale dargestellt werden.“

Die antragstellenden Fraktionen übernehmen diese Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

11. Energiebericht **STV/0837/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert einen Energiebericht für die städtischen Liegenschaften einschließlich der Stadthallen GmbH zu erstellen. In diesem Bericht ist der Status-Quo des Energieeinsatzes zu erfassen. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten zu einem effizienteren Energieeinsatz aufzuzeigen und die bei Maßnahmen entstehenden Kosten und Einsparungen gegenüberzustellen. Um die regionalen Kräfte zu bündeln ist bei der Erstellung des Energieberichtes die Klimaschutz- und Energieagentur Mittelhessen (KEM) einzubeziehen.

Die antragstellende Fraktion erklärt den Antrag für erledigt (siehe Ausführungen zu TOP 10).

12. Schutz vor Passivrauchen **STV/0838/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, das Rauchen in den öffentlichen Gebäuden der Stadt ab

sofort ausnahmslos zu untersagen.

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, weist daraufhin, dass ein Gesetz zum Nichtraucherschutz in Vorbereitung sei. Die Fertigstellung und Verabschiedung dieses Gesetzes sollte abgewartet werden. Daher werde seine Fraktion den vorliegenden Antrag – ohne inhaltliche Wertung – zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion B'90/Die Grünen, schließt sich den Ausführungen des Stv. Möller an und ergänzt, der Antrag sei angesichts der Bedeutung des Themas „läppisch“.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

13. Berichts Antrag zur GISPO GmbH

STV/0847/2007

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 27.02.2007 -

Antrag:

Der Magistrat möge berichten:

1. Bitte geben Sie eine genaue Aufstellung aller in die Sporthalle Gießen Ost seit 1995 getätigten Investitionen.
 - a) Welche Investitionen waren davon in erster Linie für den Schulbetrieb bestimmt?
 - b) Welche davon in erster Linie für die Gießen 46ers?
 - c) Welche davon sind weder a) noch b) zuzuordnen?
2.
 - a) Wie hoch ist ungefähr die Mietzahlung für eine Sportveranstaltung eines anderen Profivereins (z. B. des HSG Wetzlar in der Rittal-Arena), die vergleichbar mit einem Bundesligaspiel der Gießen 46ers in der Sporthalle Gießen Ost ist?
 - b) Wie hoch sind ungefähr die jährlichen Mietkosten für die gesamte Nutzung der Einrichtungen der Sporthalle Gießen Ost durch die Gießen 46ers sowohl bei Training als auch bei den Spielen anzusetzen, wenn sie vergleichbar mit der Nutzung einer gewerblichen Sporthalle sein sollen?
3. Wie lautet wörtlich der genaue Text, mit dem der Magistrat die Ausfallbürgschaft für die GISPO dem Regierungspräsidenten gegenüber begründet?
4. Bitte geben Sie eine genaue Aufstellung der Ausgaben der GISPO für die Jugendarbeit, aus der u. a. die Kosten für die Trainer, eventuelle Mieten, Materialkosten und Spielergehälter ersichtlich sind.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, gibt bekannt, dass die Koalition die Punkte 1 bis 3 des Berichtsantrages passieren lassen werde. Zu Punkt 4 merkt er an, dass diese Information bei der Sitzung des HFWR-Ausschusses am 28.12.2006, bei

der auch Vertreter der Die Linke-Fraktion anwesend waren, von den Vertretern der GISPO hätten erfragt werden können. Es sei nun nicht vom Magistrat zu verlangen, Informationen bei Privaten einzuholen, um sie weiter zu geben.

Beratungsergebnis:

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 bis 3 und 4 des Berichtsantrages.

Zu den Punkten 1 bis 3: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/Linke; StE: CDU/GR/FDP).

Zu Punkt 4: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GP/FDP; Ja: SPD/Linke).

**14. Datenschutzbericht 2006
- Antrag des Magistrats vom 28.02.2007**

STV/0742/2007

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat nehmen den Datenschutzbericht für das Jahr 2006 der kommunalen Datenschutzbeauftragten der Stadtverwaltung Gießen zur Kenntnis.

Verschiedene Fragen des **Stv. Lohiede**, SPD-Fraktion, werden von **Frau Burkhardt**, Datenschutzbeauftragte der Stadt Gießen, beantwortet.

Stv. Janitzki, Die Linke-Fraktion, lobt die schnelle Vorlage des Datenschutzberichtes. Er hätte sich aber gewünscht, dass manche Kritikpunkte etwas deutlicher dargestellt worden wären. So sei der Hinweis auf die Arbeitsbelastung auf Seite 3 des Berichtes „euphemistisch“. – Stv. Janitzki fragt mit Bezug auf Seite 4 des Berichtes, wann die im Zusammenhang des Bürgerbegehrens „Drei reichen“ erhobenen Daten gelöscht worden seien.

Frau Burkhardt sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stv. Janitzki moniert, dass es im Zusammenhang des Einsatzes einer Webcam an der Baustelle Berliner Platz keine Vorabinformation an die Datenschutzbeauftragte gegeben habe. Weiterhin kritisiert er mit Bezug auf Seite 16 des Berichtes, dass Verzeichnisse noch immer nicht erstellt seien.

Frau Burkhardt erwidert, dass angesichts der Vielzahl der bei der Stadt Gießen genutzten IT-Programme eine umfangreiche Aufarbeitung notwendig sei. Dazu habe sie bisher die Vorgespräche geführt. Mehr sei ihr neben der Tätigkeit als Amtsleiterin des Revisionsamtes nicht möglich gewesen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

15. Verschiedenes

Stv. Loheide, SPD-Fraktion, fragt den Oberbürgermeister, ob die Stelle des Pressesprechers wiederbesetzt werde und wenn ja, wann.

Oberbürgermeister Haumann antwortet, in dieser Angelegenheit sei noch nichts entschieden. Man befinde sich noch in der Überlegungsphase.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) Eibelshäuser

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) Knoth